

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag der C. Metz'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Nr. 104.

Donnerstag, den 6. Mai 1926.

84. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin, 5. Mai.** In Berliner diplomatischen Kreisen hört man, die deutsche Regierung beabsichtige, mit Deutschland in Verbindung einzutreten, um einen langfristigen Kredit und im Zusammenhang damit ein Sonderabkommen mit Deutschland zu schließen, das in ähnlicher Linie wie das deutsch-russische liegt. Angeblich sollen die angebotenen Verhandlungen noch in diesem Monat beginnen.

**Berlin, 5. Mai.** Reichsaussenminister Dr. Stresemann veranlaßt am Dienstag einen Briefabend. Man sah den Reichsminister Dr. Brüder und andere Mitglieder des Kabinetts. Von den deutschen Vertretungen im Auslande sah man den englischen Botschafter in Berlin, den französischen Botschafter v. Hüsch und den belgischen Minister in Bern. Ferner waren die Führer der parlamentarischen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Zentrumsparteien der Einladung gefolgt.

**Berlin, 5. Mai.** In der gestrigen Sitzung der Zentrumsmehrheit des Reichstages wurden, wie die „Germania“ meldet, zu Mitgliedern des Vorstandes der Fraktion folgende Abgeordnete gewählt: Bell, Esser, Giesberts, Gerold, Joad, Köcher und Ullrich.

**Berlin, 5. Mai.** Die Zentrumsmehrheit des Reichstages hat der „Germania“ zufolge gestern beschlossen, im Reichstag einen Antrag einzubringen, den § 62 des Reichsverfassungsgesetzes aufzuheben. Veranlassung zu diesem Antrag ist die Verordnung des Reichsfinanzministers, durch welche die Einkommensteuer ausgesetzt wird. Wie das Blatt schreibt, kann der Antrag auf eine Mehrheit im Reichstag rechnen. Wie das Blatt weiter hört, wollen die Sozialdemokraten in einem Antrag die Aufhebung der Verordnung des Reichsfinanzministers verlangen.

### Der Justizetat im Finanzausschuß.

**Stuttgart, 4. Mai.** Der Finanzausschuß führt in der Beratung des Justizetats Kap. 5 und 6 fort. Berichterstatter Hoff gibt eine Eingabe des Bismarck-Vereins bekannt, worin in Bezug auf die in Württemberg besonders dürftig ausgestatteten Vorberufungsstellen auf die Abminderung tüchtiger Kräfte zur Industrie hingewiesen wird. Justizminister Beyerle gibt auf die gestellten Anfragen eingehende Auskunft. Zu dem Entwurf eines Richtervereins zur Verhinderung des Volksabwanderens zur Kolonialverwaltung nimmt die württ. Regierung einen ablehnenden Standpunkt ein und hat die Bevollmächtigten im Reichstag angewiesen, gegen den Entwurf zu stimmen. Die Arbeiten an dem Gesetzentwurf zum Fiskusgesetz und Antragsentwurf werden bis zum Herbst abgeschlossen werden können. Zum Richtervereinsgesetz betr. das allgemeine Strafrecht haben Bismarck und andere Länder ihre Stellungnahme noch nicht erklärt. Sie ist für dieses Jahr nicht mehr in Aussicht zu nehmen. Justizminister Beyerle weist ferner die Bemerkung gegen die Zentralverwaltung der Justizverwaltung aufs entschiedenste zurück. Auch die Bemerkung gegen die Verhandlungsbüro hält der Minister nicht für zutreffend. Der Minister erklärt, daß gerade bei den Stuttgarter Gerichten tatsächlich die Meinung sich am stärksten äußere. Dies bange zum Teil auch mit Verhältnissen der Reichsgerichtsverwaltung zusammen. Es fehlen zur Bekämpfung dieser Mängel eben die geeigneten Kräfte. Hilfskräfte wie Jangler etc. seien in den möglichen Arbeitsstellen verwendet worden. Die Verbesserung des technischen Reichsgerichts sei im Gange. Die Verhältnisse der Beamtengehälter der Richter, ihre Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit auf einer Planke liegen besonders. Ein Antrag Bräunle: „Der Landtag wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung eine neue Kommission, für alle politischen und finanziellen, aus wirtschaftlicher Rot besagten Straftaten zu beantragen“, wird abgelehnt mit 11 Nein gegen 4 Ja. Ein Zentrumsmehrheit fragt nach den Maßnahmen der Justizverwaltung zur Bekämpfung der in manchen Gegenden um sich greifenden Schwärze der Brandstiftungen. Weiterhin fragt er nach dem Fortschritt des Ehrenjahres durch gerichtliche Maßnahmen. Der Justizminister widerspricht einer neuen gebildeten Kommission. Die Aufnahme der Brandstiftungen sei gefährlich, man solle ihnen durch rasche und strenge Unterdrückung auch durch Kriminalkommissionen, durch Verschärfung der Strafen und durch Einschränkung der Gnadenbehandlung entgegenzutreten. Die Frage des Ehrenjahres sei unbefriedigend gelöst. Man suche die Mittel zu beheben. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Bod: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, nach wie vor als Ziel im Auge zu behalten, diejenigen unabhängigen Stellen im mittleren und höheren Justizdienst, sowie im Gerichtsollkollaborat, Kanzlei- und Anwaltsdienst der Justizverwaltung, die nach den gemachten Erfahrungen einem dauernden Bedürfnis entsprechen, in demselben Maße überzuführen und die Erreichung dieses Ziels nachdrücklich durch rechtzeitige Einbringung eines Nachtragsetats sicherzustellen“, angenommen. Derselbe legt ein Justizetat des Abg. Rath vor: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, alsbald Maßnahmen zu treffen, um der Ueberlastung von Richtern und Beamten des mittleren Dienstes, wie sie besonders bei den Stuttgarter Amtsgerichten und dem Landgericht in Stuttgart schon gegenwärtig zutage tritt, wirksam zu begegnen.“ In Kap. 7, Verwaltung der Landesstrafanstalten, macht Berichterstatter Hoff Mittelungen über Anstufungen aus Kap. 7 Z. 5. Der Minister bringt noch zwei besondere Wünsche auf Einrichtungsgegenstände im Landesgefängnis, Kap. 7. Die Verrechnung im auf Z. 5 und 6 erfolgt. Der Berichterstatter gibt eine Zusammenfassung des Landesgefängnisses des Vereins zur Fürsorge für Straftäter an. Der Justizminister empfiehlt den Bestand und das Werden des Vereins. Die Verrechnung des Bundesgerichts wird gedrückt. Die Verrechnung der Straftäter ist dringend nötig. Schließlich gibt der Minister noch ein Wort über einen großen Plan für Errichtung einer kolonialwirtschaftlichen Kolonie etwa im großen Noorgebiet bekannt.

## Vortrag Dr. Gdener.

**Stuttgart, 4. Mai.** Auf Einladung des Landesverbandes Württemberg des Frauenvereins vom Roten Kreuz für Deutsche über See sprach heute abend im Siegelhaus Dr. Gdener über „Die Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit eines Luftschiffverkehrs“. Dr. Gdener führte aus, daß er sich das Ende auf seinen Kastral an das deutsche Volk anders vorgestellt habe. Den Hauptgrund im Fehlschlag sehe er darin, daß das deutsche Volk nicht mehr den Glauben an seine Zukunft und leider auch nicht mehr den Willen sich durchzusetzen habe. Dr. Gdener erklärte weiter, daß durch die Entwicklung des Flugzeugs das Wert des Grafen Zeppelin, keineswegs überflüssig geworden sei. Dem Luftschiff gehören die größeren und dem Flugzeug die kleineren Strecken. Die Gegner, gegen deren unbedachte Angriffe und Annahmen gegen das Luftschiff er nunmehr Front machen müsse, weisen vor allem auf den Flug des Dornier-Flugzeugs von Spanien nach Südamerika hin. Aber dieser Flieg, der in Etappen von 21 Tagen und mit so viel Hindernissen vor sich ging, bringt nur den Beweis, daß das Flugzeug zur Ueberquerung des Ozeans, selbst auf kurzen Strecken, nicht befähigt ist. In den Plänen, Viersitzfluggesetze zu bauen, erklärte der Redner, daß es bleibendes Bleib sei, daß Flugzeuge mit zunehmender Größe an Kraft abnehmen und bei 3600 Kilometer die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreichen. Hinsichtlich der Behauptung des Redners sei das Luftschiff dem Flugzeug weit überlegen. Trotz des Umlandgefahr des Ozeans sei es bis heute noch nicht gelungen, den Flugzeugverkehr wirtschaftlich zu gestalten, jedoch immer noch 75 Prozent durch staatliche Beihilfen gedeckt würden, während beim Luftschiffverkehr die Rentabilität gesichert sei. Die Katastrophe der Shenandoah-Jahrt führte Dr. Gdener auf die mangelnde Erfahrung und elementare Führungsfehler der Amerikaner zurück. Er teilte weiter mit, daß durch die neuen Friedrickshöfener Entdeckungen, die jetzt beim Reichspatentamt angemeldet sind, die Sicherheit um das Doppelte gesteigert wird. Sodann äußerte sich Dr. Gdener zu den Zukunftsplänen des Luftschiffs und glaubte, daß nach dem Stand der Luftfahrtverhandlungen mit Sicherheit damit gerechnet werden könne, daß der Luftschiffbau freigegeben werde. Die erste Aufgabe sei dann die Gründung von Luftverkehrslinien. Die erste Linie im Hinblick auf die Linie Spanien-Argentinien, die in vier Tagen besolagen werden könne. Weitere Linien wären von San Francisco nach Ost und Japan; ferner die Strecke von Spanien über Mexiko nach Australien, die in acht Tagen besolagen werden könne. Durchschnittlich werde die Reisezeit auf ein Drittel herabgesetzt. Auch bei Anhebung möglicher Preise sei die Rentabilität gesichert. Dr. Gdener schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, den Luftschiffbau in Friedrichshöfen zu erhalten, denn die Zukunft der Völker liegt in der Luft. Die Rede fand größten Beifall.

### Justizminister Beyerle zur Frage der Fürstenabfindung und der Aufwertung.

**Stuttgart, 4. Mai.** In einer am Sonntag hier abgehaltenen Zentrumsversammlung nahm Justizminister Beyerle zu den Fragen der Fürstenabfindung und der Aufwertung Stellung. Die gegenwärtig im Vordergrund des politischen Interesses und des politischen Geschehens stehen. Wie die oberbayerische „Berbo“-Presse berichtet, betonte der Minister, daß beim sozialistisch-kommunistischen Volksbegehren viele Leute ihren Namen eingetragen haben, ohne sich klar zu sein, was sie unterschrieben und ohne die Tragweite ihrer Handlung zu kennen. In einem Offenen Brief aus Waldsee war der Minister gefragt worden, ob nur das Privatvermögen der Fürsten beiläufig sein solle, nicht auch das Eigentum der Sparer, der Dienstboten, der Wägen, der Arbeiter, der kirchlichen Stiftungen. Die Stellung des Zentrums sei in beiden Fällen die gleiche. Der bloße Rechtsgebote muß eine gewisse Rücksichtnahme erfahren, wenn Interessen der Allgemeinheit es erfordern. Es handelt sich nicht darum, daß den Fürsten höher angesehen werden soll als den anderen, sondern um die Frage, ob ihnen das genommen werden darf, was den anderen an Schwere über die Geldwertverwertung hinüber gegeben ist (Grundbesitz, Fiskus). Das preussische Königshaus soll 48 Millionen Fortsetzungvermögen als Kriegsanleihe gezeichnet haben. Dasselbe Geld ist es nicht besser und nicht minder ertragen, als Kriegsanleihen von Bürgerleuten. In dem Offenen Brief aus Waldsee war eine Aufwertung auf 50 Prozent verlangt worden. Der Minister gab zu, daß 50 Prozent in einzelnen Fällen zu wenig sind. Die Zentrumsstelle hat sich wie auch die württ. Regierung bemüht, für einzelne Fälle Erhöhung nach oben zu erlangen. Eine allgemeine Aufwertung auf 50 Prozent ist nicht tragbar. 65 Milliarden Hypotheken und 5 Milliarden Industriekapitalien erfordern so bei nur 5 Prozent eine jährliche Verzinsung von 1,75 Milliarden Mark. Wie sollen unsere Bauern, Kleingewerbetreibenden und Hausbesitzer diese Verzinsung aufbringen können? Es fehlt an Vermögen und Einkommen. Das Fortsetzungvermögen unseres Volkes ist von 30 Milliarden Mark auf 150 bis 160 Milliarden gesunken. Die Steuerlast von Ländern und Gemeinden ist von 6,5 auf 12 Milliarden gestiegen. Kechnlich steht es mit den öffentlichen Anleihen. Reich, Länder und Gemeinden haben zusammen eine Fortsetzungskasse von 80 Milliarden alter Währung. Wo sollte das Geld hergenommen werden, diese gewaltige Schuld wesentlich höher — auch nur hinsichtlich der Verzinsung — aufzuwerten, wo doch jetzt schon die Steuerlast als untraglich empfunden wird? Die Währungsvereinfachung der Sparorganisationen gehen entschieden zu weit. Ihre Annahme würde Kredit und Währung gefährden. Dem Volksbegehren in dieser Sache kann am besten durch umfassende Aufklärung des Volkes begegnet werden. Zu erwidern wäre ferner, ob die Reichsregierung nicht von sich aus in wenigen Einzelpunkten Verbesserungen vorzuschlagen könnte. In Frage käme Zulassung einer Erhöhung der Prozentigen Aufwertung der Hypotheken für Fälle besonderer Härte, sodann Erhöhung

der Bedürfnisrente bei öffentlichen Anleihen. Der Vortrag wurde mit großer Beifall aufgenommen.

### Rückwirkungen auf Ruhrbergbau und Rheinschiffahrt durch den englischen Streik.

**Essen, 5. Mai.** In maßgebenden Kreisen des Ruhrbergbaus herrscht starke Zurückhaltung wegen einiger günstiger Auswirkungen des englischen Generalstreiks auf den Absatz der deutschen Kohle, da man allgemein damit rechnet, daß der Streik nicht lange dauern kann. Wenn man erwägt, daß die Lagerbestände des Ruhrkohlenbergbaus 8 Millionen Tonnen betragen, so müßte der englische Streik, um diese deutschen Bestände zu räumen, von sehr langer Dauer sein. Tatsache ist, daß bereits eine größere Anzahl Nachfragen bei dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenbund eingegangen sind. Allerdings ist es zu sehen, daß die englische Arbeiterschaft die Rheinischschiffahrt ebenfalls noch nicht in erheblichem Maße gestört worden. Der Duisburg-Ruhrorter Fruchtmarkt entwickelt zwar eine lebhaftere Tendenz. So konnten sich die Hollandschiffarten um 10 Bq. pro Tonne erhöhen. Ebenso erfahren die Antwerpener Frachten eine Erhöhung. Da die Anzahl von Kohlen nach den Seebäsen erhöht ist und die Nachfrage lebhaft bleibt, werden die Frachten voraussichtlich weiter ansteigen. Die rheinischen Bergfrachten haben sich ebenfalls befestigt, so nach Wambheim. Der vorhandene unbedeutende Rheinischschiffahrt wird der in den nächsten Tagen lebhafter werdenden Nachfrage völlig entsprechen können. Der niedrige Preis der Ruhrkohle wird bewirken, daß voraussichtlich viele Schiffe, die sonst in England bunkern, in kontinentalen Häfen die Kohle übernehmen. So verläßt von der holländischen Grenze, daß in dieser Woche in dem Rotterdamer Hafen große Frachten von deutscher Kohle erwartet werden.

### Die Rückreise des Reichspräsidenten.

**Hamburg, 4. Mai.** Im Verlaufe des Abends hatte sich eine nach vielen Zehntausenden zählende Menge auf dem Rathausmarkt angelammelt. Der Reichspräsident erschien um 10 Uhr auf dem Balkon des Rathauses und richtete unter lautloser Stille zur Eingangszeit folgende Worte an die Versammlung, die mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß. Das Publikum feierte den Reichspräsidenten stürmisch und sang das Deutschlandlied. Um 10 Uhr abends riefen die Turn- und Sportvereine an, vom Rathausmarkt bis zum Dammtor-Bahnhof Huldigung zu leisten. Der Reichspräsident erschien nachmittags auf dem Balkon des Rathauses. Bürgermeister Dr. Beyerle brachte ein Hoch dem Reichspräsidenten aus, in das die gesamte Menschenmenge begeistert einstimmte. Der Reichspräsident dankte herzlich gerührt für den herzlichen Empfang in Hamburg und begab sich dann mit Bürgermeister Dr. Beyerle und den ihn begleitenden Herren, von stetig sich erneuernden Blumen begrüßt, im Kraftwagen in langsamer Fahrt zum Dammortorbahnhof. Fahrplanmäßig verließ der Zug mit dem Salonwagen des Reichspräsidenten um 10.54 Uhr den Bahnhof.

## Ausland.

**Warschau, 5. Mai.** Am Dienstag früh trat das polnische Kabinett Strykowski zu seiner letzten Sitzung zusammen, um den Vorschlag des Sejm über die Umbildung der höheren Militärstellen zu beraten. Nach langen Verhandlungen wurde ein Beschluß gefaßt, der eine Koartierung des Warschauer Bürostuffs bedeutet. In einem Interview mit Pressevertretern erklärte der Kriegsminister Jeligowski, er sei davon überzeugt, daß der Beschluß des Kabinetts ein Glück für ganz Polen sei, da dieser Vorschlag dem Warschauer Bürostuff die Rückkehr in die Armee ermögliche.

**Paris, 5. Mai.** Die französischen Gewerkschaften wollen die englischen Streikenden mit Geldmitteln unterstützen, jedoch von einem Embargo absehen.

**London, 5. Mai.** Die englische Regierung läßt erklären, daß sie vor Aufhebung der Generalstreik-Parole in keine Verhandlungen eintrete.

## Aus Stadt und Bezirk.

— Auf Grund der vom 17.-20. März d. J. vollzogenen Prüfungen ist a. a. zur Erstellung des Unterrichts am Frauenarbeitschulen für befähigt erklärt worden und hat erstanden die Fachprüfung im Sticken und Seidnen Vantle, Agnes von Feldennach.

**Neuenbürg.** Sitzung des Gemeinderats am 4. Mai. Nachdem der Beiseid über die Bewilligung der Förderung der Entwässerungs- und Korrektionsarbeiten am unteren Egerweg als Rotkandarbeit eingetroffen ist und auch die Bewilligung des Darlehens zu diesem Zweck zu erwarten steht, sollen nunmehr diese Arbeiten zur Vergebung ausgeschrieben werden. Ausführung in Regie der Stadt selbst ist nicht zulässig.

Stadtbauamt wird die Abrechnung über die Kanalisationsarbeiten in der alten St. Jakobskirche vorgetragen, der Aufwand beträgt 2901,21 RM.

In einem Gesuch der Deutsch-amerikanischen Paläontologie-Gesellschaft in Mannheim, welche auf dem Anwesen der Firma Wilhelm König hier eine Straßen-Dapollin-Kampfenanlage erstellen will, wird zustimmende Versicherung abgegeben.

Aus Anlaß der Ankunft der Automobilspreche sind wegen der Beteiligung von Feuerwehrlieuten bei der Abholung verschiedener unrichtige Gerüchte über den Gemeinderat verbreitet worden. Diese haben in einem Fall zu einer öffentlichen Verleumdung der Gemeinderatsmitglieder geführt. In der heutigen Sitzung wird von eingeweihter Seite Aufklärung über die Sache gegeben und festgestellt, daß seitens des Verwaltungs-





Interessen des Reiches und dem Ansehen des Reichstags im Auslande abträglich sind. In dieser Beziehung soll die Verordnung eine Brücke bilden zu einer besseren Verständigung und einer engeren Zusammenarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Die demokratische Reichstagsfraktion hielt nach dem Plenum eine Sitzung und beschloß ihren Einspruch gegen die Flaggverordnung aufrecht zu erhalten. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigten die Sozialdemokraten eine Interpellation in dieser Frage einzubringen. Die Auflassung der Zentrumsfraktion des Reichstags, die sich nach der Benachrichtigung bis 9 Uhr abends mit der Flaggfrage beschäftigte, kommt in folgendem Bericht zum Ausdruck, der nach der Sitzung herausgegeben wurde: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags bedauert den Erlaß der Verordnung in der Flaggfrage und lehnt jede Verantwortung für die politischen Folgen ab.“

**Zu der Flaggverordnung.**

Berlin, 6. Mai. Die Flaggverordnung findet die Billigung der deutschnationalen Zeitungen, wenn diese auch bemängeln, daß sie gegenüber dem ursprünglichen Plane eine Konzeption an die republikanischen Parteien darstellt, da sie nur für die europäischen Küste, die von Seebandelschiffen angefahren werden, Geltung haben soll. Die „Tägliche Rundschau“ hebt hervor, daß Reichsjustizminister Marx und Reichsarbeitsminister Brauns ebenso wie der demokratische Minister Dr. Hüls und Dr. Reinhold. Das Blatt wendet sich dann dagegen, die Angelegenheit zu einer politischen Frage zu machen, da es sich hier um eine reine Hoheitsangelegenheit und eine Frage des deutschen Aufsehens im Auslande handle, die man mit Parteipolitik nicht verknüpfen sollte. Zur Entrüstung liege auch nicht der geringste Grund vor, da die Handelsflagge in der Reichsverfassung ebenso fest verankert ist, wie die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold. Durch die Verordnung werde sogar den

Anhängern von Schwarz-Weiß-Rot insofern ein Zugewinn zugunsten, als auch die Schwarz-weiß-rote Dienstflagge der Reichsbehörden zur See in Zukunft mit der Schwarz-rot-goldenen gleich behandelt werden soll. Die „Germania“ legt ihre scharfe Kritik an der Verordnung fort und richtet ihre Angriffe hauptsächlich gegen den Reichstagsbericht. Das Zentrumsblatt schreibt: Das Vertrauen des Zentrums für den Reichstagspräsidenten Dr. Luther hat einen Stoß erhalten, der nicht ohne Einfluß bleiben kann auf das Verhältnis der Partei zu dem gegenwärtigen Ober der Regierung. Sieben Jahre lang hat sich das deutsche Volk eingebildet, unter parlamentarischer Regierung zu leben. Reichstagspräsident Dr. Luther ist gerade dabei, dem deutschen Volk zu zeigen, daß wir nach wie vor unter dem Regime der Scheinregierung leben. Das „Berl. Tagebl.“ spricht von einer Regierungskrise, die über Nacht in einer Frage entstanden sei, deren Aufklärung in diesem Augenblick völlig sinnlos und überflüssig sei. In der demokratischen Reichstagsfraktion sei gestern eine äußerst starke Zustimmung gegenüber der Regierung zum Ausdruck gekommen und einstimmig sei die Ansicht vertreten worden, daß die Verantwortung für diese Art der Geschäftsführung nicht länger getragen werden könne. Der „Vorwärts“ schließt seine Ausführungen mit den Worten: Diese Regierung ohne Mehrheit hat in die hochgepannte innerpolitische Situation die Flaggfrage hineingestellt. Sie hat gestern durch die machtvolle Demonstration des Reichstags die erste Antwort erhalten. Im Parlament, wo sie Rede und Antwort haben und ihre Mehrheit zu prüfen hat, wird sie die endgültige Antwort erhalten.

**Der Generalkrieg in England.**

London, 4. Mai. Heute fand ein Kabinettsrat unter Baldwin-Berlin statt. Die Regierung beharrt, wie verlautet, auf ihrem Standpunkt, daß die Generalkriegsfrage bedingungslos zurückgezogen werden müsse, ehe sie sich auf Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften und des Gewerkschafts-Kongresses einlassen könne. Baldwin veröffentlichte gestern in der Regierungszeitung „British Gazette“ eine Sonderbotschaft,

in der es heißt: Die verfassungsmäßige Regierung ist Englanden ausgesetzt. Mögen alle guten Bürger, deren Lebensunterhalt und Arbeit auf diese Weise in Gefahr gebracht wird, so plüßlich gegenüberleben. Mögen sie sich hinter die Regierung stellen, die ihre Pflicht tut im Vertrauen darauf, daß bei den Maßnahmen, die sie zur Bahrung der Freiheit des Privilegien des Volkes dieser Insel ergreifen hat, von den Bürgern unterstützt wird. Die Gesetze Englands sind das heiligste Angelegenheit. Die Aufrechterhaltung dieser Gesetze liegt bei euch. Ihr habt das Parlament zu deren Bahrung gemacht. Der Generalkrieg ist eine Herausforderung gegen das Parlament und ein Weg zur Anarchie und zum Ruin.

**Der Abzug der „Korke“.**

Veningrad, 5. Mai. Der Start der „Korke“ vollzog sich heute früh unter sehr günstigen Bedingungen. Das Luftschiff fährt nach Badis, das es, wie man hofft, in 15 bis 17 Stunden erreichen wird, um nach dreistündigem Aufenthalt nach England weiter zu fahren, wo es 24 Stunden nach seiner Abreise in Badis eintreffen kann. Die Flughülle in Trost wird 24 Stunden lang in Bereitschaft sein, um das Luftschiff wieder aufzunehmen, falls dessen Rückkehr durch die Unmöglichkeit, an den Mast in Badis anzuhaken, durch einen zu starken Gegenwind nötig werden sollte. Eine gewisse Gefahr besteht auch für das Luftschiff darin, daß es auf dem Luftschiffträger eine Gischtbildung bilden könnte. Selbst wenn diese nur eine durchschnittliche Stärke von einem Millimeter erreichen sollte, bedeutet das ein die Weiterfahrt gefährdendes Nachgewicht von 4 1/2 Tonnen.

Esterludstat eines 77jährigen. Am Sonntag abend brach sich in Chautmont bei Beauvais ein blutiges Geschick ereignis ab. Ein 77jähriger Wirt (auch seine 47jährige Frau und deren 77jährigen Geleibten mit mehreren Nevenverwandten) wurde beide waren auf der Stelle tot. Der Wirt beging nach der Tat Selbstmord, indem er sich auf dem Deichboden erschlug.

Statt jeder besonderen Anzeige.  
Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen:  
Hauptlehrer Fritz Schumm  
und Frau Luise, geb. Seuffer.  
Unterbrüden (O.A. Backnang), den 6. Mai 1926.  
Schwann

**Gewerbebank Neuenbürg**  
e. G. m. b. H.  
Wir nehmen **Anlagegelder** jeder Art, auch von Nichtmitgliedern, bei folgender Verzinsung an:  
14tägige Kündigung . . . . . 7%  
monatliche Kündigung . . . . . 8%  
vierteljährliche Kündigung . . . . . 9%.

Conweiler—Feldrennach.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am  
**Sonntag, den 9. Mai 1926**  
stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
in des Gasthaus zur „Sonne“ in Conweiler  
freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.  
**Friedrich Faak,**  
Sohn des verstorbenen Wilhelm Faak, Fuhrmanns in Conweiler.  
**Friedrike Faath,**  
Tochter des Georg Faath, Fabrikarbeiters in Feldrennach.  
Kirchgang 1/11 Uhr in Conweiler.

Herrenalb.  
**Geschäfts-Eröffnung und -Empfehlung.**  
Der verehrlichen Einwohnerschaft von Herrenalb und Umgebung die gefl. Nachricht, daß ich in Herrenalb, Majenstr. 28, eine  
**Reparatur-Werkstätte**  
für Uhren, Gold- u. Silberwaren, sowie Optik,  
auch deren Neuvorverkauf, eröffnet habe. Ich bin bestrebt, das Vertrauen der Einwohnerschaft zu erwerben und zu erhalten und halte mich hiermit bestens empfohlen.  
**Eugen Sutter, Uhrmacher.**

**Turn-Verein Neuenbürg.**  
Wir setzen unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Mitglieds **Emil Weisel** gütigst in Kenntnis. — Sammlung 1/2 3 Uhr im Lokal.  
**Sonntag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Red. zur „Eintracht“.**  
Neuenbürg.

**Wasserglas,**  
nur beste Qualität, empfiehlt  
**Carl Mahler.**

**Hourdis**  
in allen Längen eingetroffen und empfehlen solche zu billigsten Preisen  
**Kling & Zrensch, Baumaterialien, Birkenfeld.**  
Grumbach.  
Verkaufe wegen Entbehrlichkeit ein

**Pferd**  
auf jede Garantie, einen **Wirtsch.-Grammophon, ein Bernerwägel** und einen **Leiterwagen,** 70 Ztr. Tragkraft.  
**Regermann, Postbote.**

Ziehung 12. Mai 1926 die halbes württemb.  
**Geld-Lotterie**  
Gesamt-Geld und Hauptgewinn Mark:  
**15 000**  
**12 500**  
**7 000**  
Los zu 1 Mark, 15 Lose 12 Mark, Porto u. Liste 30 Pf. mehr.  
**J. Schweickert**  
Stuttgart  
Markstr. 6 Königsplatz, 1 Poststraße, Stuttgart 208  
Bis in allen Verkaufsstellen.

Wegen Wegzug verkaufe  
**3 Bienenvölker**  
samt Kästen.  
Oberbahnwart a. D.  
**Friedr. Schmid, Jülingen.**

**Blauband im Volksmunde:**  
**Aller Guten Dinge sind drei**  
**Blauband wie Butter ist stets dabei**  
**Blauband wie Butter**  
**50 Pfennig 1/2 Pfd.**  
Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis

Birkenfeld.  
Empfehle schönes  
**Kuh-Fleisch,**  
Pfund 60 Pfennig, sowie  
**la Mastochienfleisch.**  
**Adolf Dittus, Metzgermeister,**  
Hilfale Rülshheimer, Pforzheim.  
Alles frei Hans, Holsteiner Käse.  
In 200 Stück Harzerkäse 4.95 Mk.  
9 Pfd. Tilsiterform in Staniel 6.50 Mk.  
9 Pfd. Holländerform 4.95 Mk.  
1a K. Limburger 6.95 Mk.  
E. Napp, Altona b. Hamburg No. 495.

Zur Vertilgung von  
**Feldmäusen und Ratten**  
ist Mäuse-Gift-Weizen, Mäuse-Gift-Pafer, Phosphor, Latweg und Meerzwiebel, das idealste und billigste Vertilgungsmittel. Ferner empfehlen wir: Raupenleim, 1a. Obstbaumkarbolinum, Uranioagrün, Saatselze usw.  
**Geiser, Desinfektions-Anstalt, Pforzheim, Güterstr. 21,**  
Fernsprecher 1923.

Engelshaus.  
Zwei lästige  
**Maurer**  
gesucht.  
**Wilhelm Weidbrecht.**

Feldrennach.  
Eine  
**Ziege**  
mit zwei Jungen ist billig zu verkaufen  
**Haus Nr. 32.**

Unterreichensbach.  
Einen 14 Monate alten  
**Zucht-Farren**  
(Raischeel) verkauft unter jeder Garantie  
**Jacob Schüniger.**